

## Im Alleingang. Die Folgen des EWR-Neins von 1992

Autor(en): Georg Kreis  
Quelle: Basler Stadtbuch  
Jahr: 1995

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/560b2394-31ff-4b47-93e4-bf6f92a5ea44>

### **Nutzungsbedingungen**

Die Online-Plattform [www.baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

## Kantone zwischen Stagnation und Aufbruch

Am 6. Dezember 1992 sprach sich die Region Basel für den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR aus. Dass die Stadt Basel eine solche Entwicklungschance erkannte und bejahte, erstaunte nicht: Alle grösseren Schweizer Städte hatten mit Ja-Mehrheiten reagiert, selbst Luzern inmitten der eher konservativen Innerschweiz und Winterthur am Rande der traditionell reaktionären Zone des Zürcher Hinterlandes. Das zustimmende Votum des Kantons Basel-Landschaft dagegen hob sich deutlich vom dominierenden Nein-Trend der meisten Landgebiete ab, die zwar weitgehend verstädtert und zersiedelt, mental aber nicht urbanisiert sind.

Dass die Region Basel besonders integrationsfreundlich ist, wird gerne mit der unmittelbaren Erfahrbarkeit des europäischen Auslandes in Verbindung gebracht. Diese Erklärung jedoch reicht nicht aus. Auch andere Kantone haben entsprechende Anschauung vor ihren Türen: 16 der 26 Kantone sind Grenzkantone. Die meisten unter ihnen unterscheiden sich aber in mindestens zweierlei Hinsicht von der Region Basel: Erstens bestehen nicht immer so intensive historische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland, und zweitens haben diese Kantone, weil nicht vom Jurakamm isoliert, nicht derart schwache Verbindungen zum «Rest» der Schweiz.

Die Basler Offenheit gegenüber dem Europäischen Ausland schien sich nach der Abstimmung noch weiter entfalten zu wollen. Die Idee «OWR statt EWR» (OWR gleich «Oberrheinischer Wirtschaftsraum») zirkulierte. Sie musste, sofern sie jemals ernst gemeint war, inzwischen allerdings einer nüchterneren Einschätzung Platz machen. An einer Tagung von gesamt-

schweizerischem und europäischem Format<sup>1</sup>, die am 27. Oktober 1995 im Kongresszentrum der Messe Basel stattfand, stellte der Präsident der Regio Basiliensis, Peter Gloor, in seinem Eingangsvotum fest: «Für die Grenzkantone zeichnet sich eine gewisse Stagnation in den grenzüberschreitenden Beziehungen ab.» Die rege Beteiligung – u. a. der aussenpolitischen Kommission des Ständerates unter Präsident René Rhinow – bezeugte immerhin ein bemerkenswertes Interesse für die Frage, welche Rolle die Kantone im künftigen Europa einnehmen sollen. Man könnte sogar die These aufstellen, das Scheitern der Öffnung auf Bundesebene habe die Öffnung auf den Kantonsebenen befördert, und damit sei der abgebremste «Aufbruch des Bundes nach Europa» kompensiert worden.

Bezeichnet dieses Wort vom «Aufbruch» nun das tatsächliche Geschehen oder lediglich ein Programm? Der Aufbruch der Kantone war zunächst vor allem ein innenpolitischer – nicht nach Europa, sondern nach Bern. Im Gegensatz zum «Kontaktgremium», das vom Bundesrat einberufen werden muss, wurde die im Oktober 1993 gegründete «Konferenz der Kantone» (KdK) als selbständiges Organ eingerichtet. Die Kantone hatten bemerkt, dass sie die EWR-Verhandlungen verschlafen hatten, und reagierten auf den bundesrätlichen Europa-Aufbruch. Leicht und schnell erwirkten sie ein Mitspracherecht in dessen künftigen Verhandlungsrunden. Dem Nationalrat wie dem Ständerat gelang es ebenfalls, eine gewisse Einflussnahme auf die Verhandlungsführung der Exekutive sicherzustellen.

In beiden Fällen wurde zu Recht ein Informations- und Konsultationsrecht gefordert, betref-

fen doch manche Geschäfte auch Kantonskompetenzen und bestehendes Landesrecht. Ein «Mitwirkungsgesetz» und später die neue Bundesverfassung (Entwurf Art. 44,3) sollen nun die kantonale Mitwirkung an der Gestaltung der Aussenbeziehungen garantieren. Die Kantone unterhalten inzwischen auch eine dauernde Vertretung im Integrationsbüro der Bundesverwaltung (EVD/EDA). Dessen Leiter, der Botschafter Bruno Spinner, bezeichnete an der Basler Tagung die Mitwirkung der Kantone ausdrücklich als «Mehrwert» im Verhandlungsprozess, weil dadurch die Sachkompetenz verbessert werde.

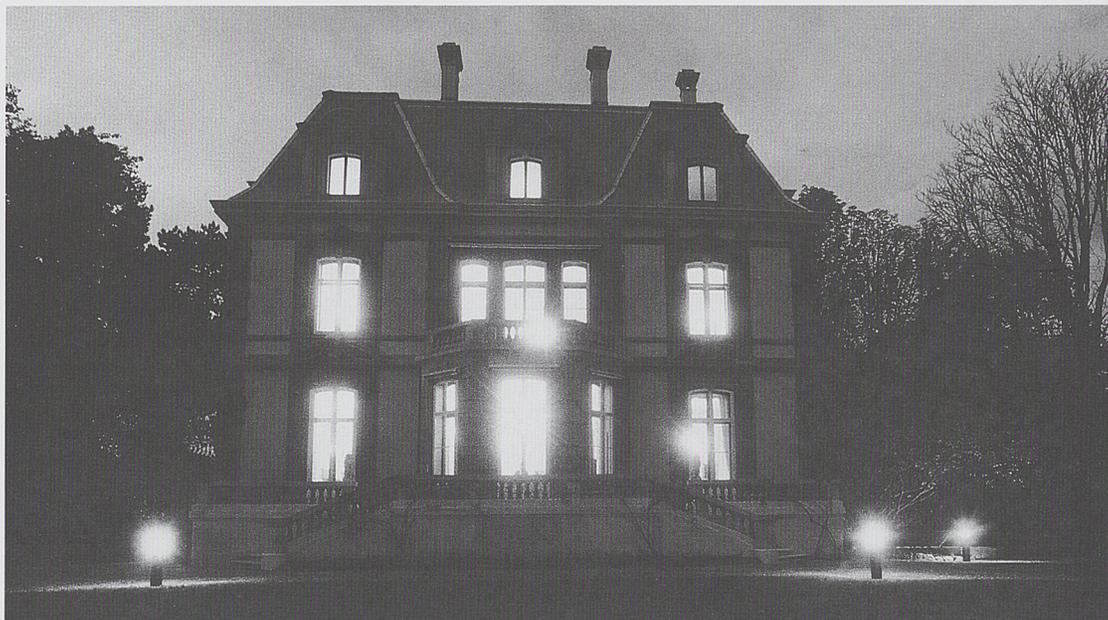
Ihren Mitwirkungswillen begründeten die Kantone auch mit dem Argument, sie könnten dann die Verhandlungsergebnisse gegenüber dem Souverän besser mittragen. An dieses Versprechen wird man sich erinnern müssen. Die Kantone hatten ja bereits die EWR-Vorlage «mitgetragen» und sich allesamt für den EWR-Beitritt ausgesprochen, allerdings ohne den erhofften Erfolg. Wie das Verhalten zeigt, tendieren viele Parlamentarier dazu, «oben» gerne dreinreden zu wollen, sich «nach unten» aber nur wenig zu engagieren. So betonte auch René Rhinow, die innenpolitische Mitwirkung bei aussenpolitischen Geschäften dürfe die Handlungsfähigkeit nicht lähmen.

### Das Europainstitut der Universität Basel

Europa beschäftigt alle, auf unterschiedliche, ja entgegengesetzte Weise. Seit 1992 existiert im Basler Dreiländereck mit dem Europainstitut der Universität ein Kompetenzzentrum für Fragen der europäischen Integration. Eine Grosszügigkeit von unschätzbarem Wert war in diesem Zusammenhang eine herausragende Schenkung: Frau Jenny-Rose Galliker-Koechlin schenkte dem Institut bzw. der Universität Basel ihr Elternhaus an der Gellertstrasse 27 und übernahm zugleich die Kosten von mehreren Millionen Franken für den auf die Institutsbedürfnisse ausgerichteten Umbau. (Red.)

Der «Aufbruch» führte die Kantone aber nicht nur nach Bern; sie unterhalten jetzt in Brüssel eine eigene Informationsstelle und beteiligen sich beinahe vollzählig an der «Versammlung der Regionen Europas» (VRE). Bundesrat Flavio Cotti betonte in seiner Basler Rede, man habe die Kantone gebeten, Fälle zu nennen, in denen der Bund die «kleine Aussenpolitik» der Kantone durch eine nicht-liberale, engstirnige Praxis behindert habe; kein einziger Fall sei jedoch angeführt worden. Im übrigen zog der Chef des Departements für Auswärtige Ange-

Das neue Domizil  
des Europa-  
institutes der  
Universität Basel. ▷



legenheiten (EDA) aus dem Bestehen älterer und dem Entstehen jüngerer grenzüberschreitender Regionen (in Basel und Genf, im Jura, im Tessin, im Bündnerland und am Bodensee) den Schluss, der Aufbruch sei bereits in vollem Gange.

Nationalrat Ernst Mühlemann, Mitglied des Bodenseerates und Präsident der aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, regte an, eine Dachorganisation der schweizerischen Segmente der sechs grenzüberschreitenden Arbeitsgemeinschaften zu schaffen, und zwar unter der Federführung der Nordwestschweiz. Nicht weniger erstaunlich ist, dass der Europa-Ausschuss der Konferenz der Kantone, der die bilateralen Verhandlungen mit der EU begleitet, von einem Basler Magistraten, Regierungsrat Ueli Vischer, präsidiert wird.

«Konferenz der Kantone», «Verein der Regio-Vereine» – solche Zusammenschlüsse dürfen natürlich nicht Selbstzweck sein. Letztlich zählt allein der *output* an tatsächlich Geprägtem und Mitgestaltetem. Ihre Ideen und Perspektiven haben die Kantone und die regionalen Arbeitsgemeinschaften naheliegenderweise zuerst auf eine institutionalistische Art formuliert: Man gründete Vereine, berief Konferenzen ein, verlangte (und verlangt noch immer) Kompeten-

zen und Anerkennung. Wichtig ist jedoch, dass diese Schritte nicht schon den grössten Teil der Phantasien und Energien verbrauchen. So sah Christian J. Haefliger, Geschäftsführer der Regio Basiliensis, im Ausbau der Kooperation und in der Schaffung zusätzlicher Gremien vor allem ein Mittel, das nicht nur zur Überbrückung, sondern zur Abschaffung bzw. Restrukturierung der veralteten Kantons Grenzen beiträgt. Und der erfolgreiche Regio-Unternehmer und Präsident der Regio Freiburg, Georg Endress, empfahl dem Basler Publikum, bei grenzüberschreitenden Beziehungen alles als erlaubt zu betrachten, was nicht ausdrücklich verboten sei. Botschafter Spinner, Mitglied der FDP, setzte noch eins drauf, indem er ermunternd in den Saal rief: «Grenzüberschreitung ist immer ein Stück revolutionäre Tätigkeit.» Der verbale Elan der verschiedenen Redner erinnerte daran, dass Grenzlagen vielleicht mehr Entwicklungspotential innewohnt als Einschränkung – zumal wenn sie durch die Interreg-Programme der EU gefördert werden.<sup>2</sup> Jedenfalls hatte man den Eindruck, dass sich ein innerschweizerischer Referent plötzlich benachteiligt fühlte, weil sein Kanton nur von miteidgenössischen Ständen umgeben ist und keinen Zugang zum Ausland hat.

#### Anmerkungen

1 Veranstalter der Tagung «Der Aufbruch der Kantone nach Europa» waren das Europainstitut an der Universität Basel unter der Verantwortung von Stephan Kux, die Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik und die Regio Basiliensis. Das Patronat lag bei der «Versammlung der Regionen Europas» (VRE). An der Tagung sprachen, neben den im Artikel Erwähnten, unter anderem: Fritz Hopelmeier, Präsident des Landtags von Baden-Württem-

berg, zum Thema «Die Stellung der deutschen Bundesländer in der EU»; Ulla Kalbfleisch-Kottsieper vom Ausschuss der Regionen über den Aufbau der Regionen Europas; Oskar Zipfel, Kabinett der für die Regionalpolitik der EU zuständigen Kommissarin Monika Wulf-Mathies, zum gleichen Thema; Luc Van den Brande, Präsident von Flandern und Vizepräsident der VRE zum Thema «Europa zwischen Integration und Regionalismus».

2 Die Schweiz beteiligt sich mit 24 Mio. Franken am aktuellen «Interreg II»-Programm.